

DEUTSCHLAND-UNION-DIENST

INFORMATIONSDIENST DER CHRISTLICH-DEMOKRATISCHEN UND CHRISTLICH-SOZIALEN UNION DEUTSCHLANDS

REDAKTION UND VERTRIEB: FRANKFURT A. M.

Bettinastraße 64 · Fernsprecher: 77178/77906

Herausgegeben von Bruno Dörpinghaus mit Genehmigung der Militärregierung

Postscheckkonto: Frankfurt am Main 39967 · Bankkonto: Hessische Bank, Frankfurt a. M. 125739

beide unter Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU Deutschlands

Nr. 68, 3. Jhrg. (C)

Frankfurt a. M., 7.4.1949

Seite 1

Die Informationen von heute:

Aus der Union

Am 10. April findet in Essen eine Konferenz der Freunde der Verschmelzung des Zentrums mit der CDU statt, zu der Minister a. D. Dr. Spiecker und Abg. Richard Muckermann eingeladen haben. Ausserdem spricht der Kultusminister von Rheinland-Pfalz, Dr. Süsterhenn, über die kulturpolitische Lage, wobei er sich vor allem mit den Angriffen der Zentrumsmitglieder Dr. Stricker und Frau Helene Wessel auf die Haltung der CDU/CSU bei den Bonner Verfassungsfragen befassen wird. Die CDU erwartet von dieser Konferenz eine Vertiefung und Ausbreitung des Gedankens der Verständigung, der Zusammenarbeit und des Zusammenschlusses des christlichen Volksteiles.

Sozialpolitik

"Wenn die Zwangsbewirtschaftung für totes Material aufgehoben werden konnte, dann muss erst recht die der menschlichen Arbeitskraft beseitigt werden", erklärte Direktor Storch von der Verwaltung für Arbeit in Düsseldorf. Direktor Storch kündigte die Verabschiedung eines Kündigungsschutzgesetzes sowie die Aufhebung der Arbeitszwangsverpflichtung und des Verbots des Arbeitsplatzwechsels an.

Innenpolitik

Auf dem Landesparteitag der Berliner CDU verlangte Jakob Kaiser die rasche Errichtung eines deutschen Kernstaates, der durch den Einschluss Berlins seinen gesamtdeutschen Charakter erhält. Dr. Walther Schreiber wurde als 1. Vorsitzender des Landesverbandes wiedergewählt.

Gewerkschaften

In Hamburg gründeten christlich-nationale Angestellte mit Genehmigung der britischen Militärregierung den Deutschen Angestelltenbund als Dachorganisation für sechs selbständige Berufsverbände. Dem neuen Bund gehört auch der Berufsverband der Kaufmannsgehilfen, der DHV, an.

Ostzone

Alfred Borchert, Mitglied des Landesvorstandes der CDU in Mecklenburg und Oberregierungsrat im mecklenburgischen Landwirtschaftsministerium, traf mit seiner Familie im Berliner Westsektor ein. Er war wiederholt von der SED bei der Militärregierung denunziert worden und entzog sich der drohenden Verhaftung durch die Flucht.

Aus den ParteienDr. Strickers Geheimbefehl
- - - - -

Die Zentrumsparterie versucht mit allen Mitteln, zu retten, was noch zu retten ist. Ihre Sendboten reisen durch das Land, halten Reden und fassen Entschliessungen; am laufenden Band werden Verstandstagen und Delegiertenkonferenzen einberufen. Hauptthema aller Diskussionen ist das Elternrecht, das von den Zentrumspolitikern Dr. Stricker und Helene Wessel in allen Variationen abgewandelt wird, immer mit dem Unterton der Hetze gegen die CDU. Was damit bezweckt wird, verrät Dr. Stricker in einem Geheimschreiben an die Parteifunktionäre: "Wir müssen die Konjunktur ausnutzen". Das Elternrecht, über das es natürlich im christlichen Lager keinen Zweifel geben kann, wird zum Schlagwort der Parteiagitiation vom Führer der demokratischen Zentrumsparterie gemacht. Wo aber einmal - siehe Fall Gethmann - jemand wagt, seine politische Meinung über die Verständigung frei, also demokratisch, wenn wir das Wort richtig verstehen, zu äussern, da ertönt die Glocke des Funktionärs: "Darüber dürfen Sie nicht sprechen, das hat Dr. Stricker verboten!"

KulturpolitikChristliches Abendland "nicht opportun"
- - - - -

Dem Vorwurf, das Zentrum zersplittere die christliche Einheitsfront, begegnete die Zentrumsabgeordnete Helene Wessel in einer Rede in Düsseldorf, indem sie sagte: "Eine solche christliche Einheitsfront ist im christlichen Abendland mit Rücksicht auf die heutigen Verhältnisse nicht wünschenswert". Welche Verhältnisse meint Helene Wessel? Denkt sie etwa an ihre Koalitionsbedürfnisse, die nach der Seite der SPD hingehen und die ihr wichtiger sind als das Interesse am Zusammengehen weltanschaulich Gleichgesinnter?

Eine unangebrachte Drohung -
- - - - -

Zu den Erklärungen des badischen Gewerkschaftsbundes, entweder werde die Lohn - Preispolitik stabil, oder aber, der bisherige Vorstand der Gewerkschaften müsste einem radikaleren Platz machen, sagte Wirtschaftsminister Dr. Lais (CDU) in einer vielbeachteten Rede vor dem badischen Landeswirtschaftsrat, dass eine Umbildung des Vorstandes des Gewerkschaftsbundes die Spaltung der Gewerkschaftsbewegung bedeuten würde. Unser Land könne es sich nicht leisten, einen Machtfaktor wie die Gewerkschaften einer radikalen Minderheit in die Hände zu spielen. Dr. Lais erklärte weiter, dass die Besserung der Lebensverhältnisse von der Preisseite her erfolgen müsse. Es würden daher künftig Preisabreden unter Strafe gestellt werden. Der Minister fuhr wörtlich fort: "Wer nach freier Wirtschaft ruft, muss auch die nötigen Konsequenzen ziehen, auch wenn dabei überflüssige Geschäfte zugrunde gehen. Wenn z.B. der Einzelhandel glaubt, an verknöcherten Positionen festhalten zu müssen, dann wird die Zulassung von Kaufhäusern, Einheitspreisgeschäften und ähnlichen Grossverteilungsunternehmen dafür sorgen, dass das freie Spiel der Kräfte nicht nur vorgetäuscht, sondern auch wirklich gespielt wird".

JUNGE UNIONJU Baden für Mehrheitswahlrecht
=====

Der Landesrat der JU Baden, der am 26. März zu partei-internen und aktuellen politischen Fragen Stellung nahm, forderte einstimmig die Einführung des Mehrheitswahlrechtes für die kommenden Wahlen zum westdeutschen Volkstag. In einem Antrag an die Parteileitung und die CDU-Landtagsfraktion heißt es: "Die junge Generation erblickt im Mehrheitswahlssystem eine der entscheidenden Möglichkeiten, eine starke und im Volke verhaftete Demokratie in Deutschland aufzubauen". Der Landesrat billigte den von den badischen Jugendverbänden ausgearbeiteten Entwurf eines Jugendarbeiter-Schutzgesetzes; er lehnt jedoch das Streikrecht für Lehrlinge ab und schlug folgende Fassung des Gesetzes vor: "Bei einem Streik dürfen Jugendliche von keiner der am Streik beteiligten Parteien zu einem Verhalten im Interesse einer Partei gezwungen werden. Jugendliche in einem Lehrverhältnis dürfen nicht streiken."

Des weiteren forderte der Landesrat die schnelle Ausarbeitung und Inkraftsetzung eines Flüchtlingsgesetzes für Baden, um den Flüchtlingen eine Rechtsgrundlage für ihre Rechtsansprüche zu geben. Weitere Anträge auf sozialpolitischem Gebiet befaßten sich mit einer besseren Versorgung der Kriegsbeschädigten und Abschaffung der Karenzzeit für Lohnempfänger im Krankenkassenwesen.

Zur Frage der Länderneuordnung im südwestdeutschen Raum war der Landesrat einmütig der Auffassung, daß noch vor der Inkraftsetzung des Bonner Grundgesetzes eine Volksabstimmung stattfinden müsse, um den Deutschen die Gelegenheit zu geben, die Frage in eigener Verantwortung zu entscheiden. Abschließend wählte der Landesrat den bisherigen geschäftsführenden Vorsitzenden Hellmann zum Landesvorsitzenden der JU Baden, zum stellvertretenden Vorsitzenden Ernst Aicher, Konstanz.

X

Die JU Düsseldorf wendet sich in einer Entschliebung gegen die Flut der Schmutz- und Schundliteratur. Sie fordert die zuständigen Behörden auf, mit den schärfsten zu Gebote stehenden Mitteln, notfalls unter Anwendung des §184 des Strafgesetzbuches, Abhilfe zu schaffen.

=====
Verantwortlich: Bruno Dörpinghaus, Frankfurt a.M., Bettinastr. 64,
Lizenz der Informationskontrolle der Militärregierung US/W 2065.
Gedruckt in der Redaktion DUD, Frankfurt a.M., IV/49/600.
Veröffentlichung nur mit Quellenangabe DUD gestattet.
=====